



Der Sozialismus in Russland.

Von
Nikolaj Kolossow.
(Moskau.)

Im Jahre 1863 sagte Lassalle den deutschen Arbeitern: „Ihr deutschen Arbeiter seid doch merkwürdige Leute! Vor französischen Arbeitern, da müsste man plädiren, wie man ihrer traurigen Lage abhelfen könne, Euch aber muss man vorher noch beweisen, dass Ihr in einer traurigen Lage seid. So lange Ihr noch ein Stück schlechte Wurst habt und ein Glas Bier, merkt Ihr das garnicht und wisst garnicht, dass Euch etwas fehlt. Das kommt aber von Eurer verdammten Bedürfnisslosigkeit.“ Solche merkwürdigen Leute, denen noch bewiesen werden muss, dass sie sich in einer traurigen Lage befinden, sind in ihrer Masse auch die russischen Arbeiter. Die russischen Sozialdemokraten, welche unter ihnen Propaganda treiben, sind gegenwärtig noch genöthigt, sich in höherem Maasse damit zu befassen, sie über das Traurige ihrer Lage aufzuklären; als auf die Wege hinzuweisen, welche aus dieser Lage hinausführen.

Allerdings ist die Unzufriedenheit der russischen Arbeiter mit ihrer Lage nicht durch die Sozialdemokraten geschaffen worden, obwohl die russische Regierung bis jetzt bei jedem Streik fortfährt, nach den Anstiftern zu spähen, welche die Arbeiter aufwiegeln, wodurch sie nur ihr vollständiges Missverständniss der gegenwärtigen Lage der Arbeiter bekundet. Unsere Aufgabe ist nun nicht, diese wirthschaftliche Lage der Arbeiter zu schildern. Wir wollen nur auf die Streikbewegung der Jahre 1878 bis 1885 hinweisen, eine Bewegung, in welcher die Unzufriedenheit des russischen Arbeiters mit seiner Lage bereits klar zum Vorschein tritt. Diese Bewegung begann im Jahre 1878 in Petersburg. In den Jahren 1882 erfasste sie die Gouvernements Petersburg, Moskau und Wladimir, Litthauen, die Bergwerke im Süden Russlands, wie auch im Uralgebirge. Ihren Abschluss fand diese Bewegung in dem Streik, welcher in der Fabrik der Brüder Morosow in Orechowo-Sujewo im Jahre 1885 stattgefunden hat. Die Hauptforderungen der Arbeiter in der Fabrik von Morosow waren: 1. Lohnerhöhung; 2. Einschränkung der Lohnabzüge, welche in dieser Fabrik im Durchschnitt $\frac{1}{4}$ des Einkommens des Arbeiters betragen hatten; 3. Abnahme der Waare ohne Betrug und Uebervortheilung der Arbeiter beim Abmessen. Eine allgemeine Forderung sämmtlicher Arbeiter, welche in dieser Periode gestreikt hatten, war Erhöhung des Lohnes. Um die Verkürzung des Arbeitstages handelte es sich nur in verschwindenden

Ausnahmen. Ein einziger uns bekannter Fall, in welchem diese Forderung aufgestellt ist, fand statt in einer der Webereien in Petersburg. Was den Charakter dieser Streiks anlangt, so waren es eher Fabrikrevolten. Um sich an dem Fabrikanten, bei dem sie es schlecht hatten, zu rächen, zertrümmerten die Arbeiter Glasscheiben in den Fabrikgebäuden, zerschlugen die hölzernen Theile der Maschinen u. s. w., mit einem Worte, sie veranstalteten einen Krawall. Sofort mischte sich dann die Polizei ein, verhaftete die Aufwiegler, bei ernsthaften Ruhestörungen erschienen Kosaken, welche mit Reitpeitschen auf die Krawallmacher losschlugen. Dann folgte eine gerichtliche Verhandlung und die Ausweisung der Arbeiter per Schub nach ihrer Heimath. Obgleich alle diese Fabrikrevolten unterdrückt wurden, sah die Regierung sich doch durch sie genöthigt, eine allerdings sehr mangelhafte Arbeiterschutzgesetzgebung ins Leben zu rufen und Fabrikinspektoren einzuführen. Die russische Fabrikgesetzgebung ist nämlich in den Jahren 1882, 1884 und 1886 entstanden.

Die Geschichte der Streiks der Jahre 1878—1885 zeigt, dass der russische Arbeiter mit seiner Lage bei Weitem nicht zufrieden war. Aber wie wir sahen, beschränkten sich seine Forderungen fast ausschliesslich auf Lohnerhöhung. Der russische Arbeiter sah, mit geringen Ausnahmen, die Nothwendigkeit der Verkürzung des Arbeitstages und des Schutzes des Lebens und der Gesundheit nicht ein. Von politischen Forderungen war in dieser ersten Streikperiode gar keine Rede, die Arbeiter haben solche nirgends aufgestellt. So beschaffen war der Boden, den die russischen Sozialdemokraten für ihre Arbeit vorfanden. Sie mussten vor Allem ihre Kräfte darauf richten, bei den Arbeitern neue höhere Bedürfnisse wachzurufen. Ihre Aufgabe war in erster Linie, zur Erhöhung des kulturellen Niveaus der Arbeiter beizutragen. In diesem Punkte fielen die Interessen der Sozialdemokraten zusammen mit den Interessen der in der Entwicklung begriffenen russischen Industrie. Mit der steigenden Technik fühlten die Unternehmer immer mehr das Bedürfniss nach einer schriftkundigen, nicht völlig bildungslosen Arbeiterschaft. Daher begann man in den Industriezentren Sonntagsschulen, Vorlesungen für das Volk und Bibliotheken ins Leben zu rufen; an der Spitze dieser Bewegung standen die Comités für Volksbildung in Petersburg und Moskau. Parallel mit dieser offenen Bildungsströmung entstand eine andere, eine unterirdische. Sie wurde Ende der 80er Jahre geleitet von den damals wenig zahlreichen Sozialdemokraten und von den viel zahlreicheren Anhängern der Narodnaja Wolja. Trotz der grundsätzlichen Verschiedenheit ihrer politischen Programme brachten die Sozialdemokraten wie die Anhänger der Narodnaja Wolja, sobald sie in Berührung mit demselben Arbeitermilieu gerieth, ein und dasselbe: Bildung. Anfangs waren die hauptsächlichsten Gegenstände der Beschäftigung mit den Arbeitern Naturwissenschaft, Kultur- und politische Geschichte. Mit der Zeit passten sich die geheimen Arbeiterbildungsvereine immer mehr den Verhältnissen an. Zugleich trat auch ein Wechsel in der Parteirichtung der Leiter derselben ein. Die Anhänger der Narodnaja Wolja wichen den Sozialdemokraten, namentlich nach dem Hungersjahre 1891/1892, welches die Unhaltbarkeit der Hoffnungen der russischen Volksthümler ausserordentlich grell be-

leuchtete. Die sozialdemokratische Litteratur, welche in der Schweiz von Plechanow und seinen Freunden herausgegeben und nach Russland eingeschmuggelt wurde, fand hauptsächlich in diesen Arbeitervereinen Verbreitung. Diese Vereine haben in den Hauptzentren der russischen Arbeiterbewegung eine ziemlich dichte Schicht intelligenter Arbeiter geschaffen. Und dank der Thätigkeit der Polizei, welche die vorgeschrittenen Arbeiter aus den Zentren der Propaganda auswies, fand die sozialistische Seuche in allen Industriekreisen Russlands Eingang. Die Resultate der Thätigkeit der Bildungszirkel erwiesen sich als so gute, dass, als nach dem Hungersjahre 1891/1892 eine neue Massenstreikbewegung begann, die Sozialdemokraten sich an ihr energisch beteiligen konnten. Im Jahre 1893 im Nordwesten Russlands, 1895 in Petersburg, 1896 in Moskau und Kiew erwies es sich als möglich, aus dem engen Rahmen der geheimen Vereine herauszutreten und sich an die Arbeitermasse mit einer Agitation wirthschaftlichen Charakters zu wenden. Der Uebergang zu der neuen Taktik war hervorgerufen durch den Wechsel in der Stimmung der Arbeiterklasse. Nach den Streiks der Jahre 1878—1885 trat ein Stillstand ein, welcher sich ungefähr bis 1893 hinzog. Zu dieser Zeit konnte von keinem Kampfe die Rede sein, die für die russischen Arbeiter thätigen Elemente waren genöthigt, sich auf die Propaganda in geheimen Bildungsvereinen zu beschränken. Seit 1893 beginnt eine neue Streikperiode, die Sozialdemokraten nahmen den ihnen rechtmässig gebührenden Platz ein an der Spitze des kämpfenden Proletariats.

Das Emporsteigen der Arbeitermasse auf eine höhere Kulturstufe in den 90er Jahren kam in verschiedenen Theilen Russlands in verschiedener Weise zum Ausdruck. Unter der Fabrikbevölkerung von Petersburg, des zentralen und des südlichen Industriegebietes zeigte es sich darin, dass von den Arbeitern eine neue Forderung: die Verkürzung des Arbeitstages, aufgestellt wurde. Aus den Publikationen des ausländischen Bundes der russischen Sozialdemokraten ist zu ersehen, dass diese Forderung seit 1894 in Rostow am Don, Kiew, Petersburg, Moskau, Kostroma, Iwanowo-Wosnessensk und Kowkowo (Gouvernement Wladimir) aufgestellt worden war und zwar hauptsächlich von Arbeitern der Eisenbahnwerkstätten, der mechanischen Fabriken und Spinnwebereien. Alle diese Streiks sind durch die vollkommene Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung gekennzeichnet. In seinem geheimen Zirkular vom 12. August 1897 bemerkt der Minister des Innern: „Wenn die ersten Streiks in solchen Fabriken entstanden waren, in welchen die Streikenden sich in den schlimmsten wirthschaftlichen Verhältnissen befanden, so ist die weitere Ausbreitung der Bewegung und die Disziplin unter den Streikenden hauptsächlich die Folge der Thätigkeit der geheimen revolutionären Vereine.“ Wir bezweifeln nicht die Kompetenz des Ministers des Innern in Fragen, welche auf die eine oder andere Weise die Thätigkeitssphäre der politischen Polizei berühren. Wir wollen nur seine Darlegung ergänzen: Tausende und Zehntausende von Streikenden, welche die Verkürzung des Arbeitstages anstreben, zeigen ein solches Verständniss ihrer Klasseninteressen, dass sie als die Soldaten einer Armee betrachtet werden können, an deren Spitze die sozialdemokratischen Vereine von Petersburg, Moskau und Kiew stehen.

Wie bekannt, sind Gewerkschaften in Russland verboten. Trotzdem begann seit 1890 in Westrussland (auf der rechten Seite des Dnieper) hauptsächlich unter dem Handwerkerproletariat eine Agitation zu Gunsten des Zehnstundentags. Jetzt ist ganz Westrussland von geheimen Gewerkschaften bedeckt. Aus den Publikationen des Bundes der russischen Sozialdemokraten ist zu ersehen, dass diese Bewegung Warschau, Kowno, Ponewesh (Gouvernement Kowno), Wilkowischki (Gouvernement Ssuwalki), Sslonim, Belostok, Krynki und Brest (Gouvernement Grodno), Wilna, Lida, Smorgon und Oschmjany (Gouvernement Wilna), Minsk und Pinsk (Gouvernement Minsk), Witjebk, Kiew und Berditschew (Gouvernement Kiew), Krementschug (Gouvernement Poltawa), Jekaterinoslaw und Odessa erfasst hat. An der Spitze dieser Bewegung stehen zwei sozialdemokratische Vereine: der Verein in Kiew und der Allgemeine jüdische Arbeiterbund Russlands und Polens. Die Streiks des Handwerkerproletariats tragen nicht nur einen friedlichen Charakter, sie werden auch von Gewerkschaften geleitet, welche ihrer Organisation nach vollkommen den Gewerkschaften des westlichen Europas entsprechen.

Schliesslich finden wir in den Bergwerken des Uralgebirges eine dritte Form der Bewegung: Unterstützungsvereine. Auf Grund eines Gesetzes vom Jahre 1861 haben die Arbeiter der fiskalischen Berg- und Hüttenwerke das Recht, Vereine zu bilden unter dem Namen Bergwerks-genossenschaften. Zweck dieser Genossenschaften ist: 1. Unterstützung der Kranken und der Arbeitsunfähigen, 2. Unterstützung der Wittwen und Waisen der Genossenschaftsmitglieder, 3. Besprechung der Streitigkeiten, welche zwischen der Bergwerks- und Hüttenverwaltung und den Arbeitern entstehen. Die Bergwerks-genossenschaften haben demnach nicht nur die Funktion von Unterstützungsvereinen, sondern auch von Einigungs-ämtern. Da die Angelegenheiten der Genossenschaft von einem Comité verwaltet werden, welches aus einem von der Bergwerksverwaltung ernannten Präsidenten und aus vier von den Arbeitern gewählten Mitgliedern besteht, die Beschlüsse im Comité aber durch einfache Stimmenmehrheit gefasst werden, so trägt die Thätigkeit der Genossenschaft bei Ausübung ihrer Funktion als Einigungsamt einen streng demokratischen Charakter. Im Gegensatz zu ähnlichen Institutionen im Auslande befasst sich dieses Einigungsamt nicht mit einer Versöhnung der Interessen der Arbeit und des Kapitals, sondern es vertritt die Interessen der Arbeit gegen diejenigen des Kapitals. Diese Institution ist so originell — namentlich für das absolutistische Russland — dass wir uns bei ihr länger aufhalten wollen. Material für unsere Betrachtung derselben liefern uns die Konflikte, welche in den letzten zwei Jahren zwischen der Bergwerks-genossenschaft und der Bergwerksverwaltung in Slatoust stattgefunden haben.

Im Jahre 1896 traf die Bergwerksverwaltung eine Verfügung, durch welche der Arbeitstag auf eine Stunde verlängert werden sollte. Die Arbeiter erhoben dagegen sofort Protest, worauf die Bergwerksverwaltung erklärte, es liege ein Irrthum vor, und die Verfügung zurückzog. Im September wurde den Arbeitern vorgeschlagen, neue Arbeitsbücher zu nehmen. In diesen waren die Arbeitsbedingungen abgeändert im Vergleich mit den in den alten Büchern dargelegten. In Widerspruch mit dem

Gesetze wurde der Bergwerksgenossenschaft nicht der Vorschlag gemacht, ihre Meinung über die neuen Arbeitsbedingungen zum Ausdruck zu bringen. Die Arbeiter weigerten sich, die neuen Arbeitsbücher anzunehmen. Die Bergwerksverwaltung erklärte, dass sie den Arbeitern nicht das von ihnen schon verdiente Geld aushändigen werde, bevor sie die neuen Arbeitsbücher angenommen hätten. Die Arbeiter sahen sich schliesslich genöthigt, sich telegraphisch an den Minister der Staatsdomänen zu wenden mit einer Beschwerde über die Fabrikverwaltung, welche die Rechte der Arbeiter missachte, und die Bergwerksverwaltung gab den Arbeitern das von ihnen verdiente Geld heraus.

Im Februar 1897 fand eine allgemeine Versammlung der Genossenschaftsmitglieder statt. Als die Arbeiter dieser Versammlung einige Fragen zur Entscheidung vorlegen wollten, strich der von der Bergwerksverwaltung ernannte Vorsitzende, ein Ingenieur, einfach diese Fragen von der Tagesordnung. Der solidarische Protest der Genossenschaftsmitglieder nöthigte aber den Vorsitzenden, sie wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Einer der Hauptstreitpunkte in dieser Versammlung war, von wem die Kosten der Unterstützung der Kranken und der von Unfällen Betroffenen getragen werden sollen — ob von der Genossenschaft oder von der Bergwerksverwaltung. Auf Grund des Gesetzes muss, wenn die Krankheit eine Folge der Beschäftigungen in der Fabrik war, der Erkrankte auf Kosten der Fabrik bis zu seiner vollständigen Genesung verpflegt werden. Indessen übernahm die Fabrikverwaltung die Verpflegung der Kranken und von Unfällen betroffenen Arbeitern nur während der ersten zwei Monate der Krankheit, die Kosten der Verpflegung nach dieser Zeit hat die Bergwerksverwaltung eigenmächtig durch die Mittel der Genossenschaftskasse gedeckt. Die Bergwerksverwaltung hat dabei in der rücksichtslosesten Weise einen Eingriff in die Rechte der Arbeiter gemacht, welche ihnen durch das Gesetz vom Jahre 1861 gewährleistet worden waren. Ueber das offenbar ungesetzliche Vorgehen der Bergwerksverwaltung von den Arbeitern interpellirt, erklärte der Vorsitzende der allgemeinen Versammlung der Genossenschaft, er sei nicht im Stande, über dasselbe Auskunft zu geben. Darauf wurde dem Direktor des Bergwerksdepartements nach Petersburg die folgende Depesche geschickt: „Die allgemeine Versammlung der Mitglieder der Slatouster Genossenschaft bittet ergebenst Excellenz, zu erklären, ob sie die Rechte ausüben dürfen, welche ihnen durch das Gesetz vom 8. März 1861 eingeräumt worden sind.“ Der Chef des Bergwerksdepartements fand die Anfrage der Bergwerksgenossenschaft ungesetzlich und drohte, falls die Arbeiter nicht ruhig würden, die Genossenschaft zu schliessen. Nach der Ansicht der Vertreter der russischen Administration begehen also die Arbeiter, welche auf der Ausübung der Gesetze bestehen, eine gesetzwidrige Handlung.

Ende Juni begann in einer der Werkstätten ein Streik, welcher sich bis zum 25. August hinzog, zu welcher Zeit es der Verwaltung gelungen war, aus anderen Werkstätten 25—30 Mann zum Ersatz der Streikenden heranzuziehen, worauf auch die Streikenden zur Arbeit zurückkehrten. Die Direktion nahm sie wieder zur Arbeit an, jedoch nur unter folgender Bedingung: sie sollten in der Polizei eine Erklärung abgeben, dass sie die

Arbeit aus Missverständniß niedergelegt hätten und in Zukunft keine Skandale mehr machen würden. Zwei Streikende weigerten sich, diese Unterschrift zu geben und wurden zur Arbeit nicht wieder angenommen. In der im September 1897 abgehaltenen allgemeinen Versammlung der Bergwerksgenossenschaft wurde diese Angelegenheit besprochen, und die versammelten Arbeiter stellten an den anwesenden Direktor des Bergwerks die Forderung, jenen zwei Streikenden wieder Arbeit zu geben und die in der Polizei von den Arbeitern abgegebene Erklärung zu vernichten, welchem Verlangen nachzukommen der Direktor sofort versprach. In derselben Versammlung hatte sich herausgestellt, dass das widergesetzliche Vorgehen der Bergwerksdirektion in der Regelung der Unterstützung der Kranken und der von Unfällen Betroffenen auf einem Zirkular des Bergwerksdepartements vom 7. Februar 1894, welches dem Gesetze eine falsche Deutung giebt, beruhte. Die Genossenschaft erklärte, sich diesem Zirkular nicht unterordnen zu wollen, und beschloss, aus ihrer Kasse keine Unterstützung an Arbeiter zu zahlen, welche während der Ausführung von Arbeiten im Bergwerke erkrankt oder von Unfällen betroffen worden wären, da diese Arbeiter von der Bergwerksdirektion unterstützt werden müssten. — Die Slatouster Genossenschaft ist im Jahre 1866 gegründet worden, am 1. Juli 1897 hatte sie 1621 Mitglieder, und ihr Kassenbestand betrug 194000 Rubel.

Den Kampf der Slatouster Arbeiter um ihr Recht haben wir so ausführlich geschildert, um zu zeigen, wie energisch die russischen Arbeiter ihre Interessen zu wahren verstehen, wenn der Polizeistaat nicht mit seiner ganzen Last auf sie drückt. Die fiskalen Berg- und Hüttenarbeiter sind die einzigen in Russland, welchen ein gewisser Spielraum belassen ist, um auf gesetzlichem Wege ihre Interessen zu vertreten. Alle anderen russischen Arbeiter sind beim Eintreten für ihre Interessen ausschliesslich auf ungesetzliche Wege angewiesen.

Bei dem Schicksale, welches die Opfer der russischen Arbeiterbewegung erwartet, wollen wir uns nicht aufhalten. Was das russische Gefängniß und die Verbannung ist, weiss der westeuropäische Leser aus den Schriften Kennans. Wir werden uns auf wenige Thatfachen beschränken, die zeigen, unter welchen politischen Verhältnissen die russischen Arbeiter für ihre Interessen kämpfen müssen. Während des Streiks in Lodz im Jahre 1892 waren die Unternehmer bereit, ihren Arbeitern Konzessionen zu machen, der Gouverneur verbot ihnen aber unter Androhung einer Strafe, auf die Forderung der Krawallmacher einzugehen. Während des Streiks auf der Iwanowo-Wosnessensker Manufaktur im Oktober 1895 untersagte der Fabrikinspektor, den Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen. Ebenso waren im Januar 1897 in einer Seidenweberei die Unternehmer bereit, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, als sich der Fabrikinspektor einmischte und unter Schimpfwörtern erklärte, er würde nicht erlauben, dass die Forderungen der Arbeiter bewilligt würden. Während des im Sommer 1896 in Petersburg stattgefundenen Streiks von über 30000 Webern ist ein ähnliches Verbot vom Finanzminister erlassen worden, welcher dabei das Versprechen gab, den Schaden, welchen die Fabrikanten haben würden, aus den Mitteln der Staatskasse

zu decken!! Im Frühling 1895 fand ein Streik in der Korsinkinschen Manufaktur in Jaroslaw statt. Militär wurde herangezogen. Ein betrunkenen Offizier gab den Befehl, auf die Arbeiter zu schiessen. Einige Personen wurden getötet (darunter eine Frau und ein Kind), gegen 20 Personen wurden verwundet. Auf den Bericht über diese Heldenthat des russischen Militärs, welche ihm vorgelegt wurde, machte der Zar Nikolaj II. die folgende eigenhändige Aufschrift: „Ich bin sehr zufrieden mit dem standhaften und ruhigen Auftreten des Militärs während der Fabrikunruhen.“

Indem sie die Arbeiter verfolgt, beruft sich die russische Regierung auf die Gesetze: auf Grund der russischen Gesetze ist jedes auf Vereinbarung beruhende Vorgehen der russischen Arbeiter ungesetzlich, der Streik wird mit Gefängnisstrafe bestraft. Die Forderung strenger Gesetzlichkeit seitens der Arbeiter hindert die Regierung und ihre Beamten aber nicht, selbst ungesetzlich zu handeln. Charakteristisch sind die folgenden Fälle. Der Finanzminister Witte sagte in dem Zirkular, welches er im Sommer 1896 während des Massenstreikes der Petersburger Arbeiter erliess, das Folgende: „Das Bestreben der Arbeiter, gesetzliche Rechte auf einem ungesetzlichen oder gewaltmässigen Wege zu erreichen, wird unvermeidlich nicht zur Verbesserung, sondern zur Verschlimmerung ihrer Lage führen, denn die Regierung kann unter solchen Umständen nicht die Verwirklichung der Wünsche der Arbeiter zulassen.“ Aber wo hat denn der Arbeiter gesetzliche Wege? Der Streik ist verboten, Gewerkschaften sind verboten, Petitionen sind verboten, Manifestationen sind verboten — die Arbeiter haben nirgends ihre Vertreter. Wo sieht denn der Finanzminister Witte jene gesetzlichen Wege, mittels derer die Arbeiter ihre gesetzlichen Forderungen erheben können? Es giebt keine. Folglich können die Fabrikanten ruhig fortfahren, die Fabrikgesetze zu übertreten.

Während des Sommerstreikes der Weber in Petersburg im Jahre 1896 richtete der Justizminister an die Friedensrichter ein geheimes Zirkular, in welchem er die Weisung gab, die Angelegenheiten der Fabrikanten mit den Arbeitern nicht auf Grund der Gesetze, sondern auf Grund des Usus, welcher in den Fabriken herrschte und von den Fabrikanten eingeführt worden war, zu entscheiden. Man muss annehmen, dass dieser Usus ein ungesetzlicher war, denn sonst wäre es unnötig gewesen, dieses Zirkular zu erlassen. Der Friedensrichter sollte demnach den Fabrikanten freisprechen, welcher in seiner Fabrik einen widergesetzlichen Usus eingeführt hatte, und den Arbeiter bestrafen, welcher bestrebt war, dem Gesetze in der Fabrikordnung Geltung zu verschaffen.

In dem Zirkular vom 2. Juli 1896 erteilt das Departement des Handels und der Manufakturen den Fabrikinspektoren die Weisung, unter den Arbeitern einen Polizeidienst auszuüben. „Ueber alle von Ihnen bemerkten Erscheinungen“, heisst es im Zirkular, „welche auf eine verbrecherische Propaganda unter den Arbeitern hinweisen, wie überhaupt über Streiks in Fabriken, müssen Sie unverzüglich nicht nur dem Departement des Handels, sondern auch der lokalen Polizei Mittheilung machen.“ Die Fabrikinspektoren haben in Russland also nicht das Interesse der Arbeiter zu wahren, sondern sie sind Organe der politischen Polizei.

Der Minister des Innern blieb, wenn es galt, Uebertretungen der Gesetze anzuordnen, nicht zurück hinter dem Justiz- und Finanzministerium. Im Zirkular vom 12. August 1897 verlangte auch er, dass den Arbeitern, welche sich an der Arbeiterbewegung betheiligen, eine ungesetzliche Behandlung zu Theil werde: „Anstifter jeder Art,“ besagt dieses Zirkular, „müssen, unabhängig von ihrer Heranziehung zur gerichtlichen Verantwortung, in Haft behalten werden auf Grund der Bestimmung über den Sicherheitszustand, und die Korrespondenz über die Verhafteten muss der entsprechenden Gendarmerieverwaltung eingeliefert werden zwecks Veranstellung einer Untersuchung in der von den Bestimmungen über den Sicherheitszustand vorgesehenen Ordnung, und zwar mit Rücksicht darauf, dass eine gerichtliche Verhandlung nicht immer möglich ist infolge des sehr häufigen Fehlens sämtlicher Merkmale des in dem § 1358*) und den folgenden Paragraphen des Strafgesetzbuches vorgesehenen Verbrechens, wie auch mit Rücksicht darauf, dass der genannte Gesetzesparagraph, welcher den Schuldigen eine Strafe auferlegt, die nicht mit einer Einschränkung der bürgerlichen Rechte verbunden ist, den Friedensrichter nicht verpflichtet, die Angeklagten in Haft zu behalten, namentlich nach Abschluss der Voruntersuchung, während bei unruhiger Stimmung unter den Arbeitern in der betreffenden Gegend die Entlassung der energischsten Führer aus der Haft vor einer vollständigen Beruhigung der Geister sich sehr oft als sehr schädlich erweist und eine Erneuerung der Ruhestörungen nach sich zieht“.

Und was die Rechte der Presse anlangt, so ist durch das Zirkular des Ministers des Innern vom 8. Juni 1895 der periodischen Presse verboten worden, Artikel zu bringen, in welchen von Gährungen in russischen Fabriken und über das Verhältniss der Arbeiter zu den Unternehmern die Rede ist. Das Zirkular desselben Ministers vom 4. Januar 1897 verbietet ferner Notizen und Betrachtungen über den Arbeitslohn und den Arbeitstag.

Diese Thatfachen werfen ein grelles Licht auf die politische Lage des russischen Arbeiters. Das Verhalten der Regierung hemmt ohne Zweifel stark die Erfolge seines Kampfes gegen die Unternehmer; aber andererseits ruft es in ihm das Bewusstsein der Nothwendigkeit von politischen Rechten wach. Noch vor zwei Jahren hatte die russische Arbeiterklasse wenig Interesse für politische Fragen. Jetzt ändert sich die Sachlage. Der Despotismus der russischen Regierung entwickelt bei den Arbeitern das Bedürfniss, politische Rechte zu erobern: das Versammlungs- und Vereinsrecht, die Rede- und Pressfreiheit, das allgemeine Wahlrecht und die Unantastbarkeit der Person. Die russischen Sozialdemokraten stehen gegenwärtig wiederum vor der Aufgabe, die Arbeiter zuerst mehr über die Nothwendigkeit politischer Rechte für sie aufzuklären, als ihnen Wege zur Erreichung derselben zu weisen. Nunmehr ist für die politische Propaganda ein weites Feld eröffnet. Der wirthschaftliche Kampf der

*) Nach diesem Paragraphen wird eine Arbeitseinstellung auf Grund einer Verabredung der Arbeiter welche zum Zwecke hat, die Arbeitsbedingungen abzuändern, mit Gefängnisstrafe von 2 bis 8 Monaten bestraft.

Arbeiter gegen die Unternehmer stösst ja jeden Tag auf die Frage des Verhaltens der Regierung diesem Kampfe gegenüber, und wenn die Regierung auch bis zur letzten Zeit für sie eine unenträthselte Sphinx bleibt, so darf man hoffen, dass mit Hilfe der Sozialdemokraten der russische Arbeiter dieses Räthsel bald zu lösen verstehen wird.

Inwiefern der russische Arbeiter schon für die politische Propaganda vorbereitet ist, zeigt das Folgende. Nach Beendigung des Streiks der Petersburger Weber im Jahre 1896 verloren viele Arbeiter das Interesse für die Flugblätter, welche nur die wirthschaftlichen Forderungen der Arbeiter formuliren, und verlangten, dass in den Flugschriften mehr Politik enthalten sei. Auch verbreiteten die Arbeiter mancherorts die Flugblätter mit weniger Lust: sie verlangten eine umfangreichere Litteratur. Das Interesse der Arbeiter für ihre rechtliche und politische Lage hatte eine erhöhte Nachfrage nach den in der Schweiz erscheinenden Schriften des Bundes der russischen Sozialdemokraten hervorgerufen. Die politische Propaganda trägt demnach denselben Klassencharakter, wie auch die ökonomische Agitation. Als Beispiele politischer Propaganda wollen wir zwei Auszüge aus sozialdemokratischen Flugblättern anführen. Den ersten Auszug entnehmen wir einem der Flugblätter, welche in Petersburg während des Massenstreikes im Jahre 1896 Verbreitung fanden: „Wenn Gesetze nur vorhanden sind, um uns in Knechtschaft bei den Unternehmern zu erhalten, ihrer Ausbeutung Vorschub zu leisten, dann fort mit solchen Gesetzen! Wir wollen solche Gesetze erzielen, welche uns nützlich sind.“ Den zweiten Auszug entnehmen wir einem Flugblatt, welches am 26. November 1897 in Kiew verbreitet wurde: „Der Kampf der russischen Arbeiter war ursprünglich ausschliesslich gegen die Unternehmer gerichtet. Es war dies ein rein wirthschaftlicher Kampf: mehr Lohn, mehr Arbeitsruhe, mehr Gerechtigkeit, das ist Alles, was ursprünglich die russischen Arbeiter verlangten. Aber die Regierung beeilte sich selbst, den Arbeitern klar zu machen, dass sie im Dienste der Kapitalisten steht und ein Feind der Arbeiter ist. Sie warf den Arbeitern eine Aufforderung zum Kampfe hin, und den Arbeitern bleibt nur übrig, den Kampf aufzunehmen. . . . Jeder Streik, jede Arbeiterversammlung, jeder Verein wird ein Kampfmittel sein nicht nur gegen die Kapitalisten, sondern auch gegen die Regierung, welche den Kapitalisten zu Liebe Arbeitervereine und Streiks verfolgt.“

Dies ist der gegenwärtige Stand der Arbeiterbewegung in Russland. Indem wir denselben mit der Situation der 80er und des Anfangs der 90er Jahre vergleichen, müssen wir einen grossen Schritt nach vorwärts feststellen. Was erwartet die russische Arbeiterbewegung in der nächsten Zukunft? Da das verdamnte Fehlen wirthschaftlicher Bedürfnisse schon verschwunden ist, und das Fehlen politischer Bedürfnisse mit jedem Tage mehr verschwinden wird, so haben wir einen Kampf des Proletariats um seine politischen Rechte zu erwarten. Und wenn die Arbeiterbewegung weiter in demselben Tempo fortschreiten wird, wie bisher, so wird dieser Kampf bald beginnen.
